Kantonale Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS BS)

Vom 10. Juni 2025 (Stand 1. September 2025)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

gestützt auf die §§ 2 Abs. 1 Ziff. 1 und 4 sowie 72 Abs. 1 des Gesetzes betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG) vom 13. November 1996 ¹⁾, unter Verweis auf seine Erläuterungen Nr. [P250726](#),

beschliesst:

§ 1 *Gegenstand*

¹ Diese Verordnung regelt die Gewährung von Finanzhilfen des Kantons zugunsten von Organisationen, die Massnahmen im Kanton durchführen, um Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen gemäss Art. 3 der Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) vom 9. Oktober 2019 ²⁾ vor terroristischen oder gewalttätig-extremistischen Aktivitäten im Sinne von Art. 19 Abs. 2 lit. a und e des Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG) vom 25. September 2015 ³⁾ zu schützen.

§ 2 *Grundsätze*

¹ Auf die Ausrichtung von Finanzhilfen durch den Kanton besteht kein Rechtsanspruch.

² Es gelten die Bestimmungen des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013 ⁴⁾.

§ 3 *Beitragsberechtigte Massnahmen und Beitragsempfängerkreis*

¹ Der Kanton kann für sämtliche der in Art. 4 VSMS aufgeführten Massnahmen Finanzhilfen gewähren.

² Nicht gewinnorientierte Organisationen privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Natur mit Sitz in der Schweiz können vom Kanton Finanzhilfen erhalten.

§ 4 *Voraussetzung für die Gewährung der kantonalen Finanzhilfen*

¹ Voraussetzung für die Gewährung von kantonalen Finanzhilfen bildet die Ausrichtung von Finanzhilfen des Bundes im Sinne von Art. 9 Abs. 2 VSMS für eine Massnahme nach Art. 4 VSMS.

² Kantonale Finanzhilfen können erstmals für Massnahmen ausgerichtet werden, welche für das Jahr 2025 geplant sind und für welche bis zum 30. Juni 2024 ein Gesuch beim Bund eingereicht wurde.

§ 5 *Begrenzung der Finanzhilfen*

¹ Die kantonale Finanzhilfe beträgt 60 Prozent der vom Bund gewährten Finanzhilfe.

§ 6 *Verfahren*

¹ Gesuche um Finanzhilfen sind zusammen mit der Verfügung oder dem öffentlich-rechtlichen Vertrag nach Art. 9 Abs. 2 VSMS dem Justiz- und Sicherheitsdepartement einzureichen.

¹⁾ SG [510.100](#)
²⁾ SR [311.039.6](#)
³⁾ SR [121](#)
⁴⁾ SG [610.500](#)

² Das Justiz- und Sicherheitsdepartement nimmt bei Bedarf weitere Sachverhaltsabklärungen vor bzw. kann die eingereichten Gesuche bei Bedarf einer vertieften Überprüfung unterziehen.

§ 7 *Pflichten der Gesuchstellenden*

¹ Die Gesuchstellenden erteilen dem Justiz- und Sicherheitsdepartement alle für die Beurteilung des Gesuchs notwendigen Auskünfte.

² Sie teilen dem Justiz- und Sicherheitsdepartement jede Änderung der Verfügung oder des öffentlich-rechtlichen Vertrags gemäss Art. 9 Abs. 2 VSMS umgehend mit.

³ Sie geben dem Justiz- und Sicherheitsdepartement jederzeit Auskunft über die Verwendung der erhaltenen Finanzhilfen und gewähren diesem hierzu Einsicht in ihre Unterlagen.

⁴ Sie legen dem Justiz- und Sicherheitsdepartement nach Abschluss der Massnahme unaufgefordert eine Schlussabrechnung und einen Schlussbericht vor, die über die Verwendung der gewährten finanziellen Unterstützung Auskunft geben.

⁵ Sie haben in ihren Jahresberichten und in den öffentlichen Projektunterlagen auf die vom Kanton erhaltene Finanzhilfe hinzuweisen.

Schlussbestimmung

Diese Verordnung ist zu publizieren; sie tritt am 1. September 2025 in Kraft.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
10.06.2025	01.09.2025	Erlass	Erstfassung	KB 14.06.2025

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
Erlass	10.06.2025	01.09.2025	Erstfassung	KB 14.06.2025